

⇒ Jeannette Behringer

Bürgerschaftliches Engagement in der »Postdemokratie« Bedingungen für ein demokratisches Potenzial

⇒ 1. Einführung

Colin Crouch hat mit seiner These, dass wir in zunehmendem Maße nicht mehr in echten demokratischen Verhältnissen, sondern in »Postdemokratien« leben, eine heftige Debatte um die Qualität etablierter Demokratien und ihre Zukunft entfacht. Die Feststellung, dass Entscheidungsmacht sich schleichend von (funktionierenden) demokratischen Institutionen in demokratisch nicht legitimierte Gremien und Ausschüsse verlagert, verstärkt die Debatte um Politik- und Demokratieverdrossenheit, zu deren Ausmaß und Erscheinungsweisen vielfältige empirische Belege vorliegen (Bertelsmann Stiftung/Fritz Thyssen Stiftung/Generali Deutschland/Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2010, Huth 2004, Maier 2000, Zeschmann 2000). Hingegen spielt das bürgerschaftliche Engagement in diesen Debatten bisher eine eher untergeordnete Rolle. Das liegt zum einen daran, dass dem politischen Gehalt des freiwilligen Engagements bislang wenig analytische Aufmerksamkeit zukommt, auch wenn dieser durch die Begrifflichkeit des »bürgerschaftlichen Engagements« betont werden soll (Evers 2009). Zum anderen sind auch durch die Engagierten selbst politische Anliegen oder eine entsprechende Motivation wenig reflektiert.

Der vorliegende Aufsatz möchte hierzu einen Beitrag leisten. Das Ziel ist es, das politische Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements herauszuarbeiten, das gerade in Zeiten einer zunehmenden Entfremdung und Abstinenz von

Verfahren der institutionalisierten Beteiligung gehoben werden sollte. Gleichzeitig zeigen sich jedoch auch in konkreten Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements Bestrebungen für eine Funktionalisierung des Engagements jenseits politischer Potenziale, die der von Crouch kritisierten »Lückenbüßerfunktion« für einen sich zurückziehenden Wohlfahrtsstaat entsprechen würden. Somit ist die Frage, welches politische Potenzial das bürgerschaftliche Engagement in »postdemokratischen Zeiten« entfalten kann, auch an das zugrundeliegende Demokratieverständnis geknüpft. Das Modell einer partizipativen Demokratie, so die in diesem Beitrag vertretene These, ermöglicht die Einordnung des bürger-

Jeannette Behringer, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre (M.A.). 2001 Promotion (Dr. rer. pol.) mit einer empirischen Arbeit zur Qualität diskursiver Verfahren der Partizipation als Beitrag zur Legitimation bei Prof. Ortwin Renn, Stuttgart. Von 2002–2009 Fachreferentin für Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement an der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; von 2009–2012 Studienleiterin für Sozialethik am ev. Studienzentrum Boldern, Zürich, seit 2012 in der Fachstelle Gesellschaft & Ethik der ev.-ref. Landeskirche Zürich. Mitglied der Forschungskommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (Zürich), Stiftungsrätin der Stiftung Mitarbeit (Bonn) sowie Sprecherin der AG »Engagement und Partizipation in Europa« des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (Berlin).

schaftlichen Engagements als politischer Handlung und begründet die Forderung nach Rahmenbedingungen, die die Entfaltung dieses Potenzials ermöglichen. In diesem Verständnis von Engagement besitzt es die partizipativen Potenziale, die postdemokratischen Zuständen entgegenwirken können. Nachdem die von Crouch skizzierten postdemokratischen Phänomene kurz skizziert worden sind (Abschnitt 2), werden in einem ersten Schritt empirische Erkenntnisse zur Entwicklung politischer Partizipation und des freiwilligen Engagements dargelegt, die einen Wandel der Beteiligungsformen belegen (Abschnitte 3 und 4). Formen des bürgerschaftlichen Engagements können, wie ebenfalls in Abschnitt 4 gezeigt wird, im Rahmen partizipativer Demokratie-Modelle als Handlungen mit politischen Potenzialen betrachtet werden. Eine konzeptionelle Erarbeitung des politischen Potenzials findet in Abschnitt 5 statt, indem Taxonomien politischer Partizipation um Elemente bürgerschaftlichen Handelns erweitert werden.

⇒ 2. Postdemokratische Krisenphänomene

Der Begriff »Postdemokratie« wird nach Buchstein und Nullmeier zum ersten Mal durch den französischen Philosophen Jaques Rancière verwendet, der damit kritisch auf den zunehmenden »Ersatz« politischer Sphären und politischen Handelns durch Recht und Ökonomie aufmerksam machen will. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch beschreibt in seinen Weiterführungen des Begriffs »Postdemokratie« das Paradoxon zwischen einer zu beobachtenden quantitativen Zunahme von demokratischen Systemen weltweit und warnt gleichzeitig vor Veränderungen, die die demokratische Qualität insbesondere etablierter Demokratien in Frage stellen. Diese Begriffsverwendung in »evaluativ-deskriptiver Absicht« (Buchstein 2006) steht im Zentrum des vorliegenden Aufsatzes, die aktuelle Entwicklungen durch die Verwendung des Begriffs zudem in warnender Absicht wahrnimmt (vgl. Jörke 2006). Crouch klassifiziert seine Überlegungen ausdrücklich als »Ideal« und »Übertreibung« (2008), die eine kritische Beobachtung aktueller Elemente sozialer Entwicklung befördern sollen. Postdemokratische Zustände beschreibt Crouch wie folgt:

»Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert« (Crouch 2008, 13).

Indikatoren auf dem Weg zu postdemokratischen Verhältnissen sind nach Crouch die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Hinblick auf die Beteiligung durch eine entsprechende Lohnentwicklung, die Aufgabe des Ziels der Umverteilung, eine zurückgehende

politische Partizipation, Korruption als strukturelles Problem sowie insgesamt einen Trend zur Manipulation sozialer Entwicklungen durch Eliten (ebd., 14f). Insgesamt konstatiert Crouch eine Entwicklung hin zu einer Elitedemokratie, in der Bürgerinnen und Bürger die ihnen in diesem Modell zugeordnete Rolle übernehmen, lediglich als Claqueure und moralisierende Masse bereitzustehen, wenn Mandatsträgerinnen und –träger ihre Aufgaben nicht erfüllen. Positive Entwicklungen der letzten Jahre, wie vermehrte Transparenz und Offenheit, sind Crouch zufolge der öffentlichen Sicherheit zum Opfer gefallen. Die Chancen, die der Bereich der politischen Beteiligung »jenseits von Wahlen« (ebd., 24) in Form von Interessengruppen, sozialen Bewegungen und Lobbys bieten, schätzt er unterschiedlich ein. Grundsätzlich sind die Gruppen, die öffentliches Agenda-Setting betreiben, gemäß Crouch im Nachteil gegenüber jenen Interessengruppierungen, die direkten Einfluss auf Abgeordnete und weitere Schlüsselpersonen ausüben wollen. Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements würden darüber hinaus immer mehr die Funktion übernehmen, Lücken eines sich zurückziehenden Staates zu schließen.

»Postdemokratie« beschreibt einen in der Zukunft liegenden Zustand, dessen Entwicklung sich gemäß Crouch jedoch bereits heute zeigt: Bürgerinnen und Bürger wenden sich enttäuscht von der Politik ab, wirtschaftliche und politische Eliten ziehen mittels ausgefeilter, durch die Werbeindustrie unterstützten Kommunikationstechniken die Fäden und statt politischem Engagement, Kompetenz und einer lebhaften, auf Argumenten bauenden Debatten- und Diskussionskultur machen sich Apathie und Enttäuschung breit. Im Hinblick auf die Entwicklung und Dominanz globaler Unternehmen und entsprechender Funktionsmechanismen steht, so Crouch, auf politischer Seite eine Lücke: Eine entsprechende Anpassung transnationaler demokratischer Strukturen sei bislang nicht gelungen. Globale Unternehmen agieren zunehmend als soziale Institutionen, die lediglich ein Höchstmaß an Flexibilität von Arbeitsprozessen organisieren. Crouch weist auf den politischen Einfluss hin, den Unternehmen jenseits des Gewinnstrebens ausüben, der darauf abzielt, die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen oder zu erhalten, die die Ermöglichung der eigenen Tätigkeiten optimieren« (ebd., 119).

Dazu kommt eine Entwicklung, die die Bedeutung der Privatwirtschaftlichkeit gegenüber der öffentlichen Hand weiter steigert, indem sich die Überzeugung durchsetzt, dass private Unternehmen öffentliche Aufgaben nicht nur übernehmen, sondern sogar besser ausfüllen können als die öffentliche Hand. Die Identität von öffentlichen Akteuren, die sich mittels eines eigenen Ethos von der Identität privater Akteure unterscheidet, löst sich aufgrund umfangreicher Kommodifizierungsstrategien mit auf. Die Entwicklung des New Public Management zeigt die asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, die die Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen durch ökonomische Rationalitäten versprechen. Die negative Vision der Post-

demokratie ist, dass eine immer kleiner werdende Elite aus Politik und Wirtschaft über weitergehende Privatisierungen beschließt und so weite Teile des öffentlichen Raums und ihrer Aktivitäten Prozessen aussetzt, die schließlich alle Güter und Dienstleistungen zu Waren werden lässt.

Colin Crouch sieht Gegenbewegungen in verschiedenen Bereichen: Zum einen in der Eindämmung des Einflusses wirtschaftlicher Eliten und Denk- und Handlungsweisen im öffentlichen Raum, in der Wiederherstellung eines eigenen Ethos für den öffentlichen Sektor sowie einer aktiven Bürgerschaft, die sich für den öffentlichen Raum in Parteien wie in sozialen Bewegungen und Nicht-regierungsorganisationen engagiert. Ihr kommt eine zentrale Rolle in der Wiederbelebung demokratischer Verhältnisse zu. Durch diese Bürgerinnen und Bürger müssten Parteien abrücken von Formen der »minimalen Beteiligung« (ebd., 143) lediglich in Form von Wahlen. Crouch unterstützt Vorschläge, die die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am politischen Geschehen stärken, z.B. im Rahmen der Parteienfinanzierung oder der Beratung von Gesetzesentwürfen. In Verfahren, die das Erleben politischer Beteiligung ermöglichen, sieht Crouch ein wichtiges Potenzial der Motivierung. Die lokale und regionale Ebene sollte gestärkt werden. Er warnt vor undemokratischen Entwicklungen in der Zivilgesellschaft und setzt seine Hoffnung auf neue »alternative Möglichkeiten der Artikulation von Unzufriedenheit und der politischen Mobilisierung« (ebd., 151).

An dieser Stelle sei nochmals kurz auf die vielfältige Kritik zu Crouchs Verwendung von »Postdemokratie« eingegangen, auch, um die hier vorliegende Verwendung nochmals abzugrenzen. Die These von der »Postdemokratie«, so zitiert Buchstein Vorbehalte, stelle das Verständnis einer Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft sowie das Selbstverständnis westlicher als demokratischer Gesellschaften in Frage (Buchstein et. al 2006, 2). Eine weitere Kritik bezieht sich auf die sehr unterschiedliche Verwendung des Begriffs: So beschreibt der argentinische Sozialwissenschaftler Ceresole mit »Postdemokratie« in positiver Absicht die Übergänge liberal-demokratischer zu plebiszitären Demokratien, angeführt von charismatischen Personen (ebd., 16). Richter verwirft den Begriff der Postdemokratie als untauglich, da in seiner Analyse mit dem Begriff der Postdemokratie Demokratie als Referenzrahmen für Demokratiekritik aufgegeben würde (2006, 23). Zu Recht verweist Richter auf die unklare Verortung des Demokratieverständnisses von Crouch, die sich lediglich indirekt erschließen lässt¹. Jedoch zielt Crouch nach Meinung der Autorin gerade auf die Beibehalten des Referenzrahmens Demokratie, wenn sich Crouch am Beispiel ökologischer und feministischer Bewegungen um die Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstorganisation sowie um Realisierungen der zentralen Werte Freiheit und Gleichheit bemüht, die Richter als zentrale demokratische Werte identifiziert (2006, 33/34). Auch der Vorwurf, mit der Verwendung des Präfix »Post« zu einer Epochenbildung demokratischer Zustände (und damit zu einem Abgesang demokratischer Zustände) beizutra-

(1) Vgl. hierzu Abschnitt 4 des vorliegenden Aufsatzes

gen, scheint angesichts der Klassifizierung von Postdemokratie durch Crouch als »Ideal« und »Übertreibung« verfehlt. Richter warnt zudem davor, dass in der Rede von der Postdemokratie einem Verständnis Vorschub geleistet werden könnte, das bestehende demokratische Systeme aufgrund aktueller Dysfunktionalitäten nicht nur kritisiert, sondern bereits wohlwollend verabschiedet: Einem Verständnis postdemokratischer Zustände als neuem, »schickem« Trend würde damit Vorschub geleistet.

Jedoch leistet der Begriff Postdemokratie in seiner evaluativ-deskriptiven Verwendung in warnender Absicht gerade das Festhalten an der Demokratie als einem stetig unvollendeten Ideal.

Daran setzt Dirk Jörke in seiner Auseinandersetzung mit dem Theorem der Postdemokratie an. Der Begriff ermöglicht die kritische Reflexion des Demokratiebegriffs, mit dem die Politikwissenschaft als normativem und empirischem Referenzpunkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts argumentiert. Jörke verweist darauf, dass ein instrumenteller Begriff, der Demokratie als Methode zur Herstellung eines optimalen »Outputs« definiert, und dabei vor allem eine Abfolge regelmässiger demokratischer Wahlen vorsieht, die Befunde, die eine Debatte um Postdemokratie hervorbringt, nicht erfassen kann. Die Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter halten nach Jörke an einer »dünnen« Definition von Demokratie fest, die auf Joseph Schumpeters elitetheoretischen Ausführungen zurückgeht (Jörke 2006, 40)². Kritische Phänomene, die die demokratische Qualität von Entscheidungen gefährden, sind: die zunehmende Verlagerung von Entscheidungen in Expertengremien, eine moderierende Rolle des Staates und die zu beobachtende Entmachtung von Parlamenten. Auf europäischer und globaler Ebene benennt er z.B. in der Wirkmacht nicht legitimer Gremien wie Weltbank, WTO oder der Ratingagenturen. In Wahlenthaltungen, aber mehr noch im Ausschluss von wirtschaftlich Schwachen oder Personen mit geringer formaler Bildung an unkonventionellen Verfahren sieht Jörke alarmierende Anzeichen.

⇒ 3. Politikverdrossenheit oder Wandel demokratischer Beteiligung?

Crouchs' Analyse kann an eine Reihe empirischer Erkenntnisse bezüglich einer Distanzierung der Bürgerinnen und Bürger vom politischen Geschehen anknüpfen. Allerdings zeichnet sich bei näherer Betrachtung ein differenziertes Bild, das nicht der prognostizierten Apathie und Enttäuschung in breitem Ausmaß entspricht.

Verschiedene Studien konstatieren seit einigen Jahren eine langsam sinkende Unterstützung für konventionelle demokratische Verfahren, ein abnehmendes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Demokratien sowie die Kompetenzen in politisches Personal (Huth 2004; Klages in Bertelsmann-Stiftung et al 2010;

(2) Vgl. dazu auch Steinbrücker 2009, 30f.. Auf die grundsätzlichen Unterscheidungen zwischen Input- und Output Orientierung der Demokratietheorien und der daraus resultierenden Auseinandersetzung zwischen funktionalen und partizipatorischen Theorien kann an dieser Stelle nicht vertieft eingegangen werden. Siehe dazu: Schmidt (2000)

Maier 2000; Niedermayer 2001; Zeschmann 2000). Im internationalen Vergleich kann für Deutschland zwar eine hohe Stabilität der Demokratie nachgewiesen werden, jedoch haben sich seit den Umbrüchen der 1990er Jahre und durch die Ereignisse im Rahmen der EU-Erweiterung Unterstützungsleistungen und das Vertrauen in Institutionen und Personen nachweislich verschlechtert (Gabriel/Plasser 2010). Als zentraler Indikator zunehmender Distanzierung gilt die abnehmende Wahlbeteiligung. Zwar ist sie nach wie vor die am häufigsten wahrgenommene Form der Beteiligung, doch geht die Teilnahme seit den 80er Jahren kontinuierlich zurück, insbesondere bei Kommunal-, Landtags-, und Europawahlen. Auch die jüngste Bundestagswahl 2009 verzeichnete mit einer Wahlbeteiligung von 70,8% die geringste Beteiligung nach 2005 mit 77,7% (Datenreport 2011, 365). Der Rückgang an dieser Form des politischen Engagements ist insbesondere unter den jüngeren Wahlberechtigten in der Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren sowie in der Gruppe der ostdeutschen Wahlberechtigten erkennbar (ebd., 367). Gleichzeitig sind Wahlen deshalb eine sehr wichtige Form politischen Engagements, da sie noch am ehesten das Ziel der politischen Gleichheit erfüllen, indem sie die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen noch weitgehend am politischen Geschehen beteiligen (Behringer 2012; Bödeker 2012). Ein weiterer Indikator für eine abnehmende politische Integration ist die abnehmende Mitgliedschaft in Parteien – 2011 waren es noch rund 1,4 Mio. der Wahlberechtigten und damit ein Drittel weniger als noch 1990.

Gleichzeitig hat das politische Interesse, eine Voraussetzung für politisches Engagement, nicht abgenommen, sondern ist auf niedrigem Niveau stabil (van Deth 2000). Langfristig betrachtet hat sich das Interesse am politischen Geschehen seit Bestehen der Bundesrepublik bei ca. 30% etabliert (Datenreport 2011, 371). Allerdings lassen sich auch hier große Schwankungen hinsichtlich zeitlicher Verläufe, Altersgruppen und regionalen Verteilungen feststellen.

Die Abkehr von konventionellen Formen der Beteiligung wird seit dem Ende der 60er Jahre begleitet durch eine stärkere Hinwendung zu nicht-institutionalisierten Formen politischen Engagements. Unterstützt wird diese Entwicklung durch den Wertewandel von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Werten der Selbstentfaltung sowie durch die Fortschritte im Bereich von Einkommen und insbesondere Bildung. Bürgerinnen und Bürger erleben sich zunehmend als politisch kompetent und in der Lage, Mitbestimmungsverfahren anzuwenden und in Sachfragen mitzuentcheiden. Ausdrucksformen dieser Entwicklung sind sich stetig weiter entwickelnde Formen sozialer und politischer Partizipation, die sich unter anderem im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements zeigen.

Beteiligungformen ausserhalb von Wahlen sind insbesondere die Beteiligung an Unterschriftensammlungen sowie an Demonstrationen, die sich mittlerweile im Spektrum der politischen Beteiligung etabliert haben. Dabei liegt die Beteiligung an Unterschriftensammlungen zwischen 40-50%, die Beteiligung an Demonstrationen schwankt zwischen 20-30% (Datenreport 2011, 373). Weitere Formen, zum Beispiel in Form von Dialogverfahren oder Bürgerhaushalten,

sind in den 80er und 90er Jahren entstanden. Jedoch zeigen verschiedene Studien, dass sie erstens die Abnahme an konventionellen Verfahren nicht ersetzen können, und zweitens weisen sie in besonderem Masse darauf hin, dass Rechte der politischen Beteiligung umso weniger wahrgenommen werden, je geringer der Bildungsgrad, der sozioökonomische Status und das Einkommen sind (Bödeker 2012; Böhnke 2010). Die neuen Formen der Bürgerbeteiligung werden von einer Mittelschicht in Anspruch genommen, die sich an Wahlen UND an neuen Formen beteiligt, sich artikulieren kann, während Personen, die im Rahmen von Wahlen und Parteienmitgliedschaft bereits wenig integriert sind, nicht über Kompetenzen und Ressourcen verfügen, um sich in diesen neuen Weisen zu engagieren. Dieser Befund gilt auch für direktdemokratische Verfahren (Jörke 2011).

⇒ 4. Bürgerschaftliches Engagement: Ausdruck sozialer und politischer Partizipation

Die bisher festgestellten Befunde gelten in hohem Masse auch für das bürgerschaftliche oder freiwillige Engagement, auch wenn das Tätigkeitsspektrum weiter gefasst ist. Als bürgerschaftliches Engagement gelten Aktivitäten, die freiwillig und unentgeltlich im öffentlichen Raum zugunsten von Dritten erbracht werden. Rund 80% der Aktivitäten sind auf den lokalen oder regionalen Raum gerichtet, spielen sich also im unmittelbaren Lebensumfeld ab.

In den Staaten der Europäischen Union engagieren sich rund ein Viertel der Bevölkerung über 15 Jahren freiwillig in neuen Formen des Engagements sozial und politisch (GHK 2010), in manchen Ländern ist die Beteiligung höher (z.B. 36% in Deutschland 43,8% in Österreich, in der Schweiz beträgt sie 26% im formellem und 29% im informellem Bereich (CH)) (Gensicke/Geiss 2010; More-Hollerweger/Heimgartner 2009; Stadelmann-Steffen et al 2010). In Deutschland sind rund 71% der Bevölkerung ab 14 Jahren in Vereinen, Organisationen, Gruppen oder öffentlichen Einrichtungen teilnehmend aktiv. 36% der Menschen über 14 Jahren haben Aufgaben, Funktionen oder Ämter übernommen, sind also bürgerschaftlich engagiert. Dieses hohe Maß an Engagement und Involvierung spiegelt gleichzeitig eine Verschiebung eines Engagements von politikbezogenen Mitgliedschaften in Interessenvereinigungen zugunsten sogenannter Freizeitvereinigungen wider (Datenreport 2011, 373). Seit Jahren ist der größte Engagementbereich der Sport, gefolgt von den »großen Bereichen« Schule/Kindergarten, Kirche/Religion, Sozialer Bereich, Kultur/Musik und Freizeit/Geselligkeit. Aktivitäten, die auf den ersten Blick eine politische Involvierung vermuten lassen, zählen zu den mittleren Bereichen (Feuerwehr/Rettungsdienste, Umwelt- und Tierschutz, Politik- und Interessenvertretung, Jugendarbeit/Bildung, Gesundheit, Lokales Bürgerengagement, beruflicher Interessenvertretung (Gensicke/Geiss 2010, 7). Die Quote des bürgerschaftlichen Engagements ist in Deutschland in den letzten Jahren stabil geblieben, die Bereitschaft zum Engagement mit insgesamt 60% der ab 14jäh-

rigen sehr hoch. Gleichwohl gerät es angesichts struktureller Entwicklungen unter Druck. Gensicke und Geiss nennen hier insbesondere die beruflich oder privat bedingten Anforderungen bezüglich Mobilität sowie die Schwierigkeit, freie Zeit sicher planen zu können. Zwei Motive sind zentral für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger: Rund 60% der Befragten nennen »die Gesellschaft mitgestalten wollen« sowie »mit anderen Menschen zusammenkommen«. Nicht nur in der Literatur wird das bürgerschaftliche Engagement als Grundlage einer lebendigen Zivilgesellschaft und Demokratie beschrieben (Gensicke et al 2006; Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria 2004; Stadelmann-Steffen et al 2010). Auch für die Engagierten selbst ist das Gemeinwesen ein zentraler Bezugspunkt ihrer Lebensgestaltung, die sich zunehmend auch in nicht-institutionalisierten Formen der Beteiligung äußert. So schätzen im zweiten Freiwilligensurvey rund 21% der Befragten ihre Aktivitäten »voll und ganz« sowie 27% »teilweise« »auch als politisches Engagement« ein (Gensicke et. al 2006, 81).

Unterstützend wirkt auch hier ein höheres Bildungsniveau, größerer Wohlstand sowie ein Wertewandel, der Werte der Selbstentfaltung gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten stärkt. Diese steigern das Bedürfnis nach Transparenz und Mitbestimmung bei den Gruppen, die über ausreichende materielle Ressourcen, Bildung und ein entsprechendes Kompetenzkonzept verfügen (Jörke 2011). Wie im Rahmen der Analyse der politischen Partizipationsaktivitäten zeigen sich auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, dass eine Teilhabe von materiellen Ressourcen und Bildung abhängt, aber auch sehr stark von Persönlichkeitsmerkmalen wie Selbstbewusstsein und dem Glauben, selbst etwas bewegen zu können (Böhnke/Dathe 2010).

Die dargelegten Beobachtungen unterstützen die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen als politischem Raum, in dem die Bürgergesellschaft zwischen Markt, Staat und Privatbereich ihre eigenen Anliegen organisiert: Zumindest eine politisch selbstbewusste, gebildete und aktive Bürgerschaft. Es stellt sich die Frage, ob der Bereich des freiwilligen Engagements eine Ausdrucksform auch politischer Anliegen darstellt, die aufgrund der beobachteten Distanz zum institutionalisierten Politikbereich vermehrt unmittelbar, selbst organisiert und themenorientiert geschieht. Stellt also das Feld des bürgerschaftlichen Engagements einen Raum dar, in dem eine »bürgergesellschaftliche Aneignung des Politischen« (Jörke 2011, 14) stattfindet?

⇒ 4.1 Partizipatorische Demokratiemodelle und das Verständnis politischen Handelns

In seinen Ausführungen zu Postdemokratie formuliert Crouch ein wünschenswertes Demokratiemodell, in dem »die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie die Gelegenheiten auch aktiv nutzt. Dieses Ideal basiert auf

anspruchsvollen Vorannahmen: Es setzt voraus, dass sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; dass diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.« (Crouch 2006, 8/9).

Damit greift Crouch auf ein Bürgerbild zurück, wie es partizipatorische Demokratiemodelle favorisieren, und er beschreibt politische Handlungen als breit gefächertes Repertoire, die zur Gestaltung des öffentlichen Lebens beitragen. Partizipatorische Demokratietheorien gehen im Gegensatz zu funktionalen Demokratietheorien³ davon aus, dass Demokratie nicht in erster Linie eine Methode zur Legitimierung politischer Eliten darstellt, sondern dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger möglichst repräsentativ und vielfältig in den politischen Prozess einfließen sollten. Demokratie zeigt sich deshalb nicht nur bezogen auf politische Prozesse in Institutionen, sondern auch im Alltag und in der persönlichen Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger. Diese sind wichtige Räume demokratischer Erfahrung, wie der amerikanische Philosoph John Dewey betont hat. Soziale und politische Partizipation liegen in diesem Verständnis eng beieinander, denn beiden liegt das Anliegen der Gestaltung von Lebenswelt zugrunde. Das alltägliche Leben und nicht nur politische Institutionen als demokratierelevante Räume erkannt zu haben, geht auch zurück auf politikwissenschaftliche und sozialetische Ausarbeitungen, die Demokratie als Lebensform begreifen (Friedrich 1959, Roos 1969). Die Bedeutung der alltäglichen demokratischen Erfahrung im lokalen Raum greift u.a. Benjamin Barber auf. Partizipatorische Demokratie besteht nach Barber in einer regelmäßigen Bürgerbeteiligung, u.a. im lokalen Raum, die als Ergänzungsmechanismus repräsentativer Mechanismen anzusehen sind. Wichtig sind hierbei das öffentliche Sprechen sowie Nachbarschaften, in der Reflexion über gemeinsame Anliegen stattfindet. Unverzichtbar sei deshalb der zivilgesellschaftliche Raum als Ort der Auseinandersetzung, die Kommodifizierungsstrategien widersteht:

»Die Zivilgesellschaft, der bürgerliche Raum, besetzt die Mitte zwischen Politik und privatem Sektor. Dort geben wir weder unsere Stimme ab, noch kaufen und verkaufen wir; dort sprechen wir mit unseren Nachbarn über die Einstellung eines Schülerlotsen, planen eine Benefizaktion für die örtliche Schule, diskutieren darüber, wie unsere Kirche oder Synagoge Obdachlosen eine Unterkunft schaffen kann, [...]« (Barber 2001, 281).

Damit wird Engagement als politische Handlung für den eigenen Lebensraum im Alltag eingeordnet. Bürgerinnen und Bürger sind in dieser Idealvorstellung urteilsfähig, informiert und bereit, sich für ihre Anliegen im öffentlichen Raum einzusetzen. Es ist ein Verständnis politischer Handlungen, das lebensweltlich verankert ist: Es geht um die Bearbeitung von Problemlagen in der Lebenswelt,

(3) Vgl. hierzu die Ausführungen in Abschnitt 2

nicht in erster Linie um die Adressierung politischer Institutionen, wie es ein funktionales Demokratieverständnis vorsieht. Die Zieldimension bürgerschaftlichen Handelns, das überwiegend im lokalen Umfeld stattfindet, liegt in einer häufig nicht weiter benannten »Gemeinwohlorientierung«, während politisches Handeln in der im Rahmen partizipativer Demokratieverständnisse mittels verschiedener Beteiligungsformen zur Abbildung von Interessen und zur Problemlösung beitragen will. Zivilgesellschaft als demokratischen Raum zu erhalten und wiederherzustellen, ist ein zentrales Anliegen. Denn die soziale Natur des Menschen setzt sich im Politischen fort: Durch die Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Anderen im öffentlichen Raum erfährt sie sich auch als politische Person, als Bürgerin, als Bürger (Richter 2006, 34). In der Begegnung als Gleiche und Freie, in der Menschen ihre Fähigkeiten entdecken und gemeinsam nutzen, entsteht demokratische Politik, der »Glaube an den Sinn von Einflussnahme und Gestaltbarkeit« (Böhnke 2010, 5).

⇒ 4.2 Das Verhältnis politischer und sozialer Partizipation

Soziale und politische Partizipation liegen, wie herausgearbeitet wurde, eng beieinander liegen. Kann das Verhältnis genauer bestimmt werden? Gesellschaftliches Engagement und politische Partizipation sind im Rahmen der Debatte um die Herstellung von Sozialkapital als aufeinander verwiesene Organisationsformen erkannt: Freiwilliges Engagement wird im Rahmen dieser Betrachtung als Manifestation sozialer Netzwerke und damit als eine wichtige Form von Sozialkapital betrachtet (Franzen/Freitag 2007). 1963 betonen Almond und Verba in ihrer Studie »The Civic Culture« die Bedeutung der Toquevill'schen Erkenntnis von der Bedeutung freiwilliger Vereinigungen für Demokratien (Almond/Verba 1963). Robert Putnam hat auf die umfassende Bedeutung von Sozialkapital für die Qualität von Demokratien hingewiesen (Franzen, Freitag 2007; Putnam (2000)). Gemäß Putnam wird die Qualität des Sozialen maßgeblich geprägt durch das Vorhandensein von Vertrauen, von gemeinschaftsbezogenen Werten und Normen sowie sozialen Kontakten und Netzwerken sowie deren Zusammenwirken, wobei dem interpersonalen Vertrauen die größte Bedeutung zukommt (Putnam 2000).

Die Zusammenhänge zwischen sozialem und politischem Engagement werden in empirischen Studien als positiv korreliert betrachtet (van Deth 2001): Sozialkapital in Form von freiwilligem Engagement wirkt sich unterstützend aus, z.B. in der Generierung politischen Interesses oder der Kompetenzbildung (Bühlmann/Franzen 2007, Lippl 2007, van Deth 2000), insbesondere das Engagement in Vereinigungen und Vereinen (Lippl 2007, van Deth 2001). Der Zusammenhang gilt auch umgekehrt für legale Formen der politischen Mitwirkung (Westle 2000). Als Erklärung für die Mobilisierung von sozialem Engagement für politische Mitwirkung werden vor allem die Begegnung mit Anderen und die daraus resultierenden Kommunikationen angeführt (Steinbrecher 2009, van Deth 2000).

Das Verhältnis von sozialer und politischer Partizipation kann jedoch nicht nur als ein gegenseitiges »Unterstützungsverhältnis« betrachtet werden. Van Deth formuliert die möglichen Zusammenhänge als a) Ergänzung, b) Alternative oder c) »Zwillingsverhältnis« (2007, 195)⁴. Im Modell »Ergänzung« (links) kann eine Beteiligungsform die andere nach sich ziehen, während im Zwillingsmodell (rechts) beide immer gemeinsam auftreten.

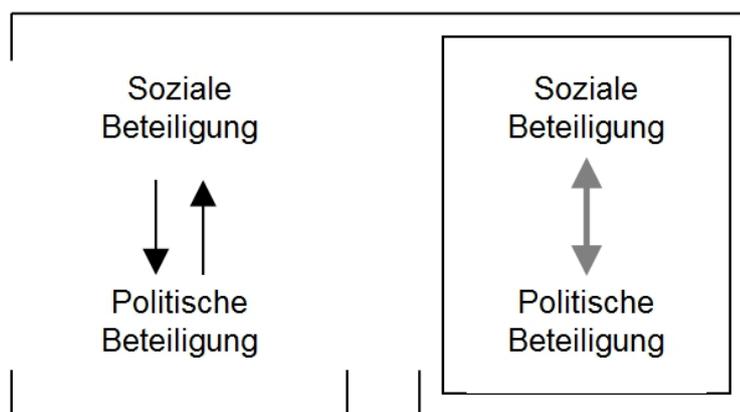


Abb. 1: Zusammenhänge sozialer und politischer Partizipation.
Quelle: van Deth 2001, 200.

In der Bestimmung des Verhältnisses von sozialer und politischer Partizipation muss berücksichtigt werden, dass beide Formen der Beteiligung auch einander nicht unterstützende Elemente enthalten. So können soziale und politische Partizipation Formen annehmen, die nicht brückenbildend, d.h. offen sind in Bezug auf die Aufnahme von Mitgliedern und Themen, oder nicht gemeinwohl- und demokratieorientiert sind, wie z.B. das Ausüben politischer Gewalt oder die Bildung extremistischer Vereinigungen. Deshalb findet das Modell »Ergänzung« von sozialem und politischem Engagement für die weitere Erörterung des politischen Potenzials von freiwilligem Engagement Berücksichtigung.

⇒ 5. Bürgerschaftliches Engagement als politische Partizipation

Um das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen postdemokratischer Entwicklungen abschätzen zu können, soll nun das politische Potenzial von Aktivitäten innerhalb des Engagements entlang theoretischer Konstruktionen politischer Partizipation ausgewiesen werden. Politisches Engagement in demokratischen Systemen ist immer freiwillig, aber nicht jedes freiwillige Engagement ist bereits politische Partizipation: »Unter politischer Partizipation werden in demokratisch verfassten Staaten alle Handlungen verstanden, welche die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen« (Huth 2010:149). Variationen in den Definitionen existieren in der Beschreibung der Intention (Absicht der direkten oder indirekten Beeinflussung des politischen

(4) Innerhalb des Alternativmodells schließen sich soziale und politische Partizipation gegenseitig aus. Dieses Modell wird aufgrund der bereits erörterten Befunde nicht mehr weiter verfolgt.

Systems) sowie der genauen Zielbestimmung dessen, was beeinflusst werden soll (Ebenen des politischen Systems, politische Entscheidungen, Entscheidungsträger/innen) (Uehlinger 1988).

Van Deth versteht unter sozialer Partizipation Aktivitäten, die Bürgerinnen und Bürger freiwillig innerhalb sozialer Organisationen unternehmen (2001, 211). Gabriel und Völkl verstehen den Begriff umfassender als »alle individuell oder gemeinsam mit anderen ausgeführten freiwilligen Aktivitäten, die nicht unter die Erwerbstätigkeit fallen und das Ziel verfolgen, sich selbst oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen« (2005, 529). Vor dem Hintergrund eines instrumentellen Verständnisses politischer Partizipation wird die Zielrichtung sozialer Partizipation nicht in der Beeinflussung politischer Entscheidungen gesehen, sondern in »sozialer Integration und Unterstützung« (Steinbrecher 2009, 29): Somit gilt diese in der instrumentellen Sicht politischer Partizipation als »unpolitisch«.

⇒ 5.1 Dimensionen des politischen Handelns im bürgerschaftlichen Engagement

Wie bisher gezeigt wurde, besitzen Handlungen des bürgerschaftlichen Engagements durchaus politisches Potenzial, wie empirische Ergebnisse und Einschätzungen auf der Grundlage partizipativer Demokratietheorien zeigen.

Für eine Beurteilung, ob Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements Elemente politischer Partizipation enthalten können, ist zentral, die Aktivitäten im Rahmen des Kontexts (Thema, Institution) zu verstehen sowie Hinweise auf Motivation und Selbstverständnis der Akteure in ihrem politischen Gehalt zu deuten. Im Folgenden werden zunächst Standardtaxonomien politischer Partizipation sowie Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements beschrieben. In einem zweiten Schritt werden einzelne Elemente auch auf das bürgerschaftliche Engagement übertragen.

Politische Partizipation kann nach Uehlinger (1988) und Westle (2000) in fünf Bereiche eingeordnet werden:

- a) Staatsbürgerrolle: Sie umfasst nach Uehlinger niedrigschwellige Aktivitäten (z.B. Diskutieren, Äußern der eigenen Meinung) wie auch den Wahlakt. Hinsichtlich der Staatsbürgerrolle unterscheidet Westle zwischen dem
 - a¹) Wahlakt als zentraler Form politischen Handelns in repräsentativen Demokratien (hierzu gehört auch die bewusste Wahlenthaltung) und Formen
 - a²) diskursiver Partizipation, wie von Uehlinger beschrieben.
- b) Problemspezifische Partizipation: Sie umfasst alle Formen, die die Entscheidung über ein spezifisches politisches Problem zu beeinflussen suchen, wie zum Beispiel Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder auch Leserbriefe.

c) Parteiorientierte Partizipation: Sie zielt auf die Mitwirkung in einer politischen Partei ab, z.B. in Form einer Mitgliedschaft, in der Übernahme eines Mandats, in der aktiven Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten.

d) Legale Partizipation: Sie umfasst rechtlich erlaubte, aber nicht institutionalisierte Formen wie Unterschriftensammlungen, genehmigte Demonstrationen oder die Arbeit in einer Bürgerinitiative.

e) Illegale Partizipation, u.a.. Ziviler Ungehorsam. Dieser umfasst alle illegalen Aktivitäten, die Gewalt an Personen ausschließen.

e¹) Politische Gewalt. Diese umfasst illegale Aktivitäten, die Gewalt als Mittel der Zielerreichung einschließen.

Bürgerschaftliches Engagement umfasst alle freiwilligen Aktivitäten, die nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet sind und gemeinschaftlich im öffentlichen Raum für das Gemeinwohl ausgeübt werden (Gensicke et al 2006, 34).

Typologien des freiwilligen Engagements umfassen die folgenden Strukturelemente:

a) Aktivitäten. Unter diesem Stichwort werden allgemeine Aktivitätsformen beschrieben, die im Kontext des freiwilligen Engagements stattfinden (Stadelmann-Steffen et. al 2010), wie Organisation und Durchführung von Hilfsprojekten, Vernetzungsarbeit, persönliche Hilfeleistungen.

b) Engagementbereiche. Gensicke/Geiss beschreiben unter diesem Aspekt thematische Felder, in denen freiwilliges Engagement geleistet wird, wie Sport, Umwelt- und Tierschutz oder Kirche und Religion (2006).

c) Motive. In der Engagementforschung wird die Frage nach den Gründen systematisch gestellt, wie »die Gesellschaft im Kleinen« mitzugestalten, »Spas an der Tätigkeit« oder »mit anderen etwas bewegen«.

In dieser Erfassung von politischer Partizipation und von Engagementformen zeigen sich verschiedene Strukturelemente, die ein mögliches politisches Potenzial bürgerschaftlicher Aktivitäten aufzeigen.

⇒ 5.1.1 Selbstverständnis im Engagement

Beteiligung geschieht aus einem Selbstverständnis heraus, wie es in der »Staatsbürgerrolle« implizit vorhanden ist. In dieser Rolle scheint ein grundsätzliches Interesse für öffentliche Angelegenheiten vorhanden, dem man durch verschiedene politische Aktivitäten Ausdruck verleiht, weil es im staatsbürgerlichen Verständnis geboten erscheint, sich am politischen Prozess grundsätzlich zu beteiligen (Uehlinger 1988, Steinbrecher 1990). Es ist ein Selbstverständnis, das auch Crouch für eine gut funktionierende Demokratie einfordert. Als eine zentrale Intention des politischen Handelns wird aus Sicht der Partizipationsforschung das Ziel, politische Handlungen/Entscheidungen/Agenden zu beeinflussen, genannt. Hinsichtlich einer Bestimmung politischer

Partizipation werden zudem die Elemente »direkt/indirekt« angeführt (von Alemann 1975).

Bei der Betrachtung der Motivlagen des bürgerschaftlichen Engagements könnte es lohnend sein, gemeinschaftsbezogenen Motivlagen, wie z.B. »die Gesellschaft im Kleinen mitgestalten« oder »mit Anderen etwas bewegen«, auf eine politische Motivation hin zu befragen. Diese ist unter Umständen von Seiten der Engagierten nicht unmittelbar auf eine politische Handlung oder Organisation hin ausgerichtet und entsprechend formuliert und womöglich nicht auf den ersten Blick erkennbar. Zu hinterfragen ist diesbezüglich auch eine instrumentelle Orientierung der politischen Partizipation als Charakterisierungsmerkmal. Allgemeiner formulierte Motive wie »sinnhaftes Handeln«, Motive der Solidarität oder auch der Gegenseitigkeit könnten ebenso Ausdruck einer politischen Intention sein. Im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements zeigen Motivlagen wie »die Gesellschaft im Kleinen mitgestalten« oder »mit anderen etwas bewegen« durchaus eine gesellschaftlich-gestalterische Zieldimension.

⇒ 5.1.2 Ausdrucksform: Diskursive Formen der Beteiligung

Entsprechende Aktivitäten drücken sich in unterschiedlichen Ausdrucksformen der Meinungsäußerung und die Teilnahme an politischen Diskussionen aus. In klar als »politisch« gekennzeichneten Kontexten, wie im Rahmen einer politischen Partei, wird am politischen Gehalt nicht gezweifelt. Aber auch in Kontexten des bürgerschaftlichen Engagement ergeben sich politische Potenziale: So werden im deutschen Freiwilligensurvey die Bereiche »Berufliche Interessenvertretung«, »Politik und Interessenvertretung« sowie »Lokales bürgerschaftliches Engagement« aufgeführt. Weitere Formen des politischen Sprechens, der Meinungsäußerung und -bildung sind jedoch auch in Formen des freiwilligen Engagements zu vermuten, wenn z.B. die Aktivität »Interessenvertretung und Mitsprache« genannt wird. So kann die Debatte im Vorstand des Sportvereins politisches Sprechen sein – spätestens dann, wenn Themen relevant werden, und politische Institutionen adressiert werden.

⇒ 5.1.3 Zielobjekte des Engagements: Problemorientierte Formen des Engagements

Problemorientierte Aktivitäten charakterisieren Zielobjekte des Engagements: Adressiert werden in den angeführten Taxonomien Institutionen und Themen (z.B. »problemorientierte Partizipation«). Diese Form der Partizipation meint ein gezieltes Auswählen der Themen und auch Problemlagen, die durch die eigene Aktivität beeinflusst werden sollen. Die Aktivität »Unterschriftensammlung«, durchgeführt etwa in einer Kirchengemeinde, gehörte damit zum politischen Repertoire. Viele Aktivitäten im bürgerschaftlichen Engagement greifen gezielt

auch im sozialen Bereich konkrete Problemlagen auf. Soziale, ökologische, karitative Betätigungsfelder, die im bürgerschaftlichen Engagement erfasst werden, können daher explizit problemorientierte Formen der Beteiligung darstellen.

⇒ 5.1.4 Zielobjekte des Engagements: Partei-/Gruppenorientierte Partizipation

Die Mitarbeit in einer Partei entspricht in bestimmten Teilaspekten freiwilligem Engagement, z.B. in Form einer Kandidatur für eine Funktion oder ein Amt, das unentgeltlich ausgeübt wird. Aber auch nicht auf den ersten Blick als »politisch« eingestufte Tätigkeiten, wie das Führen von Protokollen, das Vorbereiten von Sitzungsräumen, können Formen der politischen Mitwirkung sein. Es könnte sich lohnen, mehrere Dimensionen des Engagements zu betrachten, z.B. den Kontext die Institution, das Netzwerk etc., in dem die Tätigkeit ausgeübt wird. Ist dies nicht der Fall, wird die Tätigkeit »Vorbereiten von Sitzungen« ist die Tätigkeit als solche, die mit einer politischen Intention verknüpft ist, nicht mehr erkennbar. Im Hinblick auf die abnehmende Bedeutung von Parteien müsste diese Fragestellung auch auf andere Organisationsformen, wie z.B. Bürgerinitiativen oder andere Gruppen, übertragen werden.

⇒ 5.1.5 Motiv Gemeinwohlorientierung

Bürgerschaftliches Handeln richtet sich in vielen Belangen nicht konkret und direkt an politische Akteure oder zielt vielleicht nicht von Beginn an darauf ab, politische Entscheidungen oder Akteurinnen und Akteure zu beeinflussen. Die Motivation für freiwilliges Handeln kann zunächst auf einer allgemeinen Gemeinwohlorientierung basieren, auch wenn das Engagement zum Beispiel im Bereich der Selbsthilfe angesiedelt ist: die Gemeinwohlorientierung besteht dann darin, zur Lösung eines identifizierten Problems beizutragen und ist als politisches Handeln zu werten. In Bezug auf die formulierten Zielebenen, die sich in den Definitionen politischer Partizipation auf genuin politische Institutionen und Organisationen beziehen, finden solche Zielformulierungen nicht immer Beachtung.

⇒ 5.1.6 Tätigkeiten und Langfristigkeit

Aktivitäten im freiwilligen Bereich, wie z.B. der Aufbau einer Kinderbetreuung im privaten Bereich, könnten über einen längeren Verlauf des Engagements ihren politischen Charakter verändern. »Halbprivate« oder als »zeitlich begrenzte« Initiativen können zu dauerhaften politischen Aktivitäten werden, wenn es zum Beispiel zu einer politischen Forderung an kommunale Gremien

kommt. Deshalb sollte die mögliche Dynamik von zunächst »unpolitischen Aktivitäten« in »politische Handlungen« betrachtet werden.

Betrachtet man das Spektrum bürgerschaftlicher Aktivitäten vor dem Hintergrund üblicher Taxonomien politischer Partizipation, werden Erweiterungen sichtbar. Diese umfassen das Selbstverständnis, Zielobjekte wie die Bearbeitung von Themen oder die Mitarbeit in Parteien oder Gruppen. Zudem werden auch konkrete Aktivitäten benannt, wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, oder die Teilnahme an Wahlen. Wie bereits festgestellt wurde, ist für die Charakterisierung einer politischen Aktivität die politische Intentionalität des Handelns (direkt/indirekt) eine wichtige Ebene, wie auch das (politische) Objekt (Entscheidungsträger/innen, politische Agenda, Entscheidungen). Dies soll die folgende Graphik nochmals verdeutlichen:

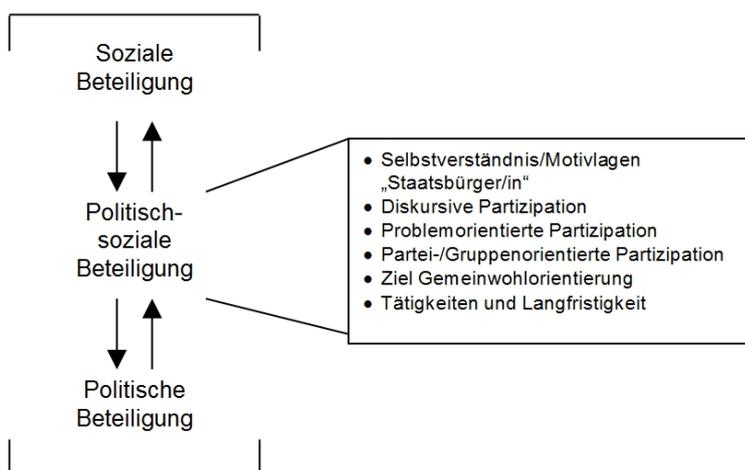


Abb. 1: Politische Dimensionen von sozialer Partizipation.
Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Van Deth 2001.

⇒ 6. Bürgerschaftliches Engagement: »Heilmittel« postdemokratischer Verhältnisse?

Colin Crouchs postdemokratische »Befürchtungen« hinsichtlich Beteiligung und Partizipation beziehen sich insbesondere auf eine Verengung demokratischer Räume, eine abnehmende politische Partizipation, auf das Ausbreiten von Apathie und Enttäuschung sowie die zunehmende Rolle eines bürgerschaftlichen Engagements als »Lückenbüßer« eines sich zurückziehenden Staates. Gleichzeitig schreibt er der aktiven Bürgerschaft und einer unabhängigen Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle in der Wiederbelebung demokratischer Verhältnisse zu (Crouch 2008, 2011). Wie kann sie also dieser Rolle gerecht werden?

Die empirischen Befunde, die sich an einer Unterscheidung der Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern als institutionalisierte, nicht-institutionalisierte sowie bürgerschaftlichen Tätigkeiten orientieren, zeigen zunächst eine Ausdifferenzierung und eine vielfältige Teilhabe an politischen und sozialen Aktivitäten bei gleichzeitiger Verengung des Zugangs für die beteiligten Gruppen. Der Rückzug bestimmter Gruppen, die über ein geringeres Einkommen verfügen und

bildungsfern sind bzw. deren zeitliche Ressourcen durch die Anforderungen des Arbeitsmarktes (Flexibilität, Verfügbarkeit) eingeschränkt sind, ist Ausdruck einer zunehmenden sozialen und auch politischen Ungleichheit. Diese mag auch darin münden, dass man sich an einem System politisch nicht mehr beteiligen mag, das zu wenig leistet, um soziale und politische Gleichheit zu gewährleisten. Noch erscheint die Basis des Engagements als insgesamt breit genug, weswegen von »Apathie und Enttäuschung« im Rahmen der politischen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements sicher nicht gesprochen werden kann. Doch zeichnen sich insbesondere im Bereich der institutionalisierten und auch der nicht-institutionalisierten politischen Beteiligung Entwicklungen ab, denen entgegengewirkt werden muss. Der vorliegende Aufsatz plädiert dafür, bürgerschaftliches Engagement in die Debatte um Postdemokratie mit einzubeziehen, da Formen des bürgerschaftlichen Engagements vor dem Hintergrund sich verändernder Politikverständnisse Ausdruck politischer Partizipation sein können. Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement können in einen ergänzenden Zusammenhang gestellt werden. Gerade sich verändernde Werthaltungen hin zu mehr Selbstbestimmung einerseits und die krisenhafte Einschätzung des politischen Personals und politischer Institutionen andererseits legen es nahe, dass neben unkonventionellen Partizipationsformen im engeren Sinne auch weitere bürgerschaftliche Aktivitäten politische Potenziale aufzeigen. Diese umfassen veränderte Selbstverständnisse und Motivlagen der Bürgerinnen und Bürger, erweiterte »Objekte« ihrer Aktivität wie problem-, oder gruppenorientierte Partizipation oder auch dynamische Zeithorizonte.

Politisches und soziales Engagement in seiner ganzen Breite, verstanden als soziales und politische Partizipation, als »Aktivwerden von Bürgerinnen und Bürgern jenseits von beruflichem und privatem Alltag« (Evers 2010), bietet deshalb ein demokratisches Potenzial, das in einem neuen, erweiterten Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement als Ausdrucksform politischer und gesellschaftlicher Partizipation liegt. Es bedeutet, bürgerschaftlich Engagierte nicht nur als »Engagiert« und »Helferinnen«, als Staatsbürgerinnen und –bürger zu verstehen, gemeinwohlorientierte Intentionen als Gestaltung von Politik zu begreifen und nach Wegen zu suchen, wie die Ergebnisse ihrer Aktivitäten in Parteien, aber auch in neuen Organisationsformen mittel- und langfristig in einem kooperativen, fairen Prozess Eingang finden könnten in das politische Agenda-Setting.

Zentral sind (mindestens) zwei Voraussetzungen, um dieses Potenzial bürgerschaftlichen Engagements zu entfalten zu können: Zum einen müssen die Rahmenbedingungen für freiwilliges, selbstbestimmtes Engagement erhalten bleiben (u.a. durch eine Ermutigung ohne Pflicht- und Zwangsrhetorik oder ein monetäres Anreizsystem, das freiwilliges Engagement in die Konkurrenz des Niedriglohnssektors bringt). Dazu gehört auch die mittelbaren Voraussetzungen wie materielle Sicherheit, Zeitsouveränität und Bildung zu ermöglichen, um den Raum, den eine demokratische Zivilgesellschaft bietet, auch in Anspruch nehmen zu können. Zweitens ist es unerlässlich, Aktivitäten anzustrengen, die

einer sozialen Ungleichheit entgegenwirken, die die Chancen auf ein faires Einkommen und Bildung ermöglichen, und die der Stigmatisierung der Ausgeschlossenen und der Individualisierung ihrer Problemlagen ein Ende setzt.

⇒ 7. Fazit

Derzeit scheint das bürgerschaftliche Engagement jedoch an einem Scheideweg zu stehen zwischen Freiwilligkeit, Eigensinn und der Gemeinwohlorientierung auf der einen, Funktionalisierung und Einengung auf der anderen Seite. Im dritten Freiwilligensurvey Tendenzen ab, die einer zunehmenden Funktionalisierung des bürgerschaftlichen Engagements Vorschub leisten könnten, wenn zum Beispiel die Zeit im Engagement zunehmend für Verwaltung, Vernetzung und Mittelbeschaffung verwendet wird (Gensicke/Geiss 2010, 33), Themen durch private Stiftungen bestimmt werden, das freiwillige Engagement zunehmend als schlecht bezahlter Arbeitersatz in eine Grauzone rückt oder mit verpflichtenden Appellen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme aufgerufen wird. Auch eine »freiwillige Bürgerpflicht« (BMFSFJ 2012, 9) scheint einer der Versuche zu sein, das bürgerschaftliche Engagement in jene »Lückenbüßerrolle« zu drängen, vor der Colin Crouch warnt.

Gerade vor diesem Hintergrund kann es eine Chance sein, auch konzeptionell über die Funktionen politischer Partizipation und die Reichweite des Politischen nachzudenken, das sich nicht nur instrumentell an »politische Institutionen« richtet, sondern sich zunächst Gedanken macht um die Ausgestaltung des Politischen als einem »Ort, wo Menschen, Männer wie Frauen, ihre vielfältigen Lebensentwürfe koordinieren«. Und als einem »Prozess der Erarbeitung impliziter oder expliziter Regeln des kollektiv Zugänglichen und Verfügbaren (...), die dem Leben des Gemeinwesens seine Gestalt verleihen« (Rosanvallon 2002, 44). So eingebettet, kann bürgerschaftliches Engagement postdemokratischen Tendenzen entgegenwirken.

⇒ Literatur

Almond, Gabriel/Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.

Ammann, Herbert (Hrsg.) (2004): *Freiwilligkeit zwischen Liberaler und Sozialer Demokratie*. Zürich: Seismo-Verlag.

Ammann, Herbert (2004): *Freiwilligkeit, Gemeinnützigkeit und Sozialstaat*. Ammann, Herbert (Hrsg.): *Freiwilligkeit zwischen Liberaler und Sozialer Demokratie*. Zürich: Seismo-Verlag. S. 11-25.

Barber, Benjamin (2001): *Jihad vs. McWorld. How Globalism and Tribalism are Reshaping The World*. New York: Ballantine Books.

Barber, Benjamin (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Berlin: Rotbuch-Verlag.

Behringer, Jeannette (2012): *Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger*. Unveröffentlichtes Manuskript. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart.

Behringer, Jeannette (2010): *Engagementpolitik in Österreich und der Schweiz*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*. Jg. 23 (4), S. 51-62.

Bertelsmann Stiftung, Fritz Thyssen Stiftung, Generali Deutschland, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.) (2010): *Engagementforschung als Gemeinschaftsaufgabe. Strategische Bedarfe, Agenda, Programmatik*. Tagungsband der gleichnamigen Tagung im Wissenschaftszentrum Bonn vom 16. März 2010. Berlin.

Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar (Hrsg.) (2009): *Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 66-79.

Böhnke, Petra (2010): *Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/33571/ungleiche-verteilung-politischer-und-zivilgesellschaftlicher-partizipation.de>. Abruf am 08.10.2012.

Böhnke, Petra/Dathe, Dietmar (2010): *Rückzug der Armen. Der Umfang freiwilligen Engagement hängt von der materiellen Lage ab – und von Bildung*. In: *WZB-Mitteilungen*, Heft 128, Juni 2010. S. 14-17.

Bödeker, Sebastian (2012): *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. Otto-Brenner-Stiftung (Hrsg.). Arbeitspapier Nr. 1. Frankfurt am Main..

Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank (2006): Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 19, 4/2006, S. 16-22.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ (Hrsg.) (2012): *Erster Engagementbericht 2012. Für eine Kultur der Mitverantwortung*. Berlin.

Bühlmann, Marc/Freitag, Markus (2007): Freiwilligentätigkeit als Sozialkapital. Eine empirische Analyse zu den Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Vereinsengagements. In: Franzen, Axel (2007): *Sozialkapital: Grundlagen und Anwendung*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 47. S. 163-182.

Crouch, Colin (2010): *Das seltsame Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. 1. Auflage der dt. Übersetzung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Band I. Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.). In Zusammenarbeit mit: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn 2011.

Evers, Adalbert (2009): Bürgerschaftliches Engagement. Versuch, einem Allerweltsbegriff wieder Bedeutung zu geben. In: Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar (Hrsg.) (2009): *Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S. 66-79.

Evers, Adalbert (2010). *Pars pro toto? Partizipationsforschung im Rahmen von Engagementforschung*. Bertelsmann Stiftung, Fritz Thyssen Stiftung, Generali Deutschland, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Hrsg.. *Engagementforschung als Gemeinschaftsaufgabe. Strategische Bedarfe, Agenda, Programmatik*. Tagungsband der gleichnamigen Tagung im Wissenschaftszentrum Bonn vom 16. März 2010. Berlin. S. 37-49.

Fischer, Karsten (2006): Die jüngste Versuchung der Demokratie. »Postdemokratie« und Polit-Netzwerke. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 19, 4/2006, S. 47-57.

Franzen, Axel/Freitag, Markus (2007): Aktuelle Themen und Diskussionen der Sozialkapitalforschung. In: Franzen, Axel: *Sozialkapital: Grundlagen und Anwendung*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 47. S. 7-21.

Gabriel Almond/Verba, Sidney (1963): *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton: Princeton University Press.

Gabriel, Oscar/Plasser, Fritz (2010) (Hrsg.): Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.

Gabriel, Oscar/Völkl, Katja (2005). Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar/Holtmann, Evers (Hg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage. München: Oldenburg Wissenschaftsverlag. S. 523-574.

Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hrsg. VS-Verlag: Wiesbaden.

Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). München. Verfügbar unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3._20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf. Abruf am 23.11.2012.

Giddens, Anthony (1996): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Huth, Iris (2004): Politische Verdrossenheit. Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderungen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. Münster: LIT-Verlag.

Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2, S. 13-18.

Jörke, Dirk (2006): Warum »Postdemokratie«? In: Forschungsjournal NSB, Jg. 19, 4/2006, S. 38-46.

Klein, Ansgar/Kern, Kristine./Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.) (2004): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration. VS-Verlag: Wiesbaden.

Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.) (2001): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

More-Hollerweger, Eva/Heimgartner, Arno (2009): Erster Bericht zum Freiwilligen Engagement in Österreich. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.): O.V.: Wien..

Lippl, Bodo (2007): Soziales Engagement und politische Partizipation. In: Franzen, Axel: Sozialkapital: Grundlagen und Anwendung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 47. S. 163-182.

Negt, Oskar (2011): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Steidl: Göttingen.

Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (2000): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Opp, Karl-Dieter (1992): Legaler und illegaler Protest im interkulturellen Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 44 (3). S. 436-460.

Postdemokratie. Ein neuer Diskurs? Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19, 4/2006.

Putnam, Robert (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.

Richter, Emanuel (2006): Das Analyseraster der »Postdemokratie«. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 19, 4/2006. S. 23-37.

Roos, Lothar (1969): Demokratie als Lebensform. Paderborn: Schöningh.

Rosanvallon, Pierre (2002): Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France, Donnerstag, den 28. März 2002. Beilage zum Mittelweg 36, Nr. 6, Dezember 2011/Januar 2012, Hamburger Institut für Sozialforschung.

Schmidt, Manfred (2000): Demokratietheorien. Eine Einführung. 3. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Stadelmann-Steffen, Isabelle/Freitag, Markus/Bühlmann, Marc (2006): Freiwilligen-Monitor Schweiz. Zürich: Seismo-Verlag.

Stadelmann-Steffen, Isabelle/Traunmüller, Richard/Gundelach, Birte/Freitag, Markus (2010): Freiwilligen-Monitor Schweiz. Zürich: Seismo-Verlag.

Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Study on Volunteering in the European Union – Final Report submitted by GHK, 2010. Verfügbar unter: www.ec.europa.eu/citizenship/eyv2011/doc/Volunteering%20in%20the%20EU%20Final%20Report.pdf February 17 2010. Abruf am 12.08.2012.

Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Van Deth, Jan (2000): Das Leben, nicht die Politik ist wichtig. In: Niedermayer, Oskar/ Westle, Bettina (2000): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 115-135.

Van Deth, Jan (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.) (2001): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 195-219.

Von Alemann, Ulrich (Hrsg.) (1975): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Westle, Bettina (2000): Politische Partizipation: Mobilisierung als Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (2000): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 136-159.

Zeschmann, Philip (2000): Wege aus der Politiker- und Parteienverdrossenheit. Demokratie für eine Zivilgesellschaft. Sinzheim: Pro-Universitate-Verlag.

Zitationsvorschlag:

Behringer, Jeannette (2012): Bürgerschaftliches Engagement in der »Postdemokratie«. Bedingungen für ein demokratisches Potenzial (Ethik und Gesellschaft 2/2012: Demokratie und Sozialethik). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2012_Behringer.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialethik

2/2012: Demokratie und Sozialethik

Gary S. Schaal, Claudia Ritzi
Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie

Christian Polke
Demokratie im Umbruch? Bemerkungen aus protestantischer Sicht

Daniel Bogner
Das Politische neu denken. Braucht die christliche Sozialethik eine Theorie radikaler Demokratie?

Johanna Klatt
Die Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung

Andreas Lob-Hüdepohl
Überflüssige Interessen? Politische Partizipation Benachteiligter als normativer Lackmustest für eine republikanisch verfasste Demokratie

Bernhard Bleyer, Bernhard Laux
Anwälte der Öffentlichkeit. Über Zivilgesellschaft, Befähigungsarbeit und den Auftrag der Kirchen

Jeannette Behringer
Bürgerschaftliches Engagement in der »Postdemokratie«. Bedingungen für ein demokratisches Potenzial

Christian Spieß
Katholische Kirche und Menschenrechtsethos. Von der Ablehnung zur Anerkennung der Religionsfreiheit

Anne Brüninghaus/Günter Feuerstein
Bioethik im Wunderland der Fiktion. Über die Rolle eines antizipierenden Diskurses am Beispiel des Psycho- und Neuroenhancement